

Sportschützen, Jäger, Waffensammler, Messerfreunde und alle vom Waffengesetz Betroffenen:

Am 9. Mai 2010 haben Sie die Wahl!

Denn es geht um mehr, als nur die Regierung in Nordrheinwestfalen, es geht um die regierungsfähigen Abstimmungsverhältnisse im Bundesrat, wo jede Initiative der schwarzgelben Bundesregierung blockiert werden kann.

Sie haben die Wahl,

ob Sie weitere Verschärfungen des Waffengesetzes erleben wollen ...

ob Sie weiter mit Rechtssicherheit Ihrem Hobby nachgehen können...

ob Sie für Ihre Waffen teure, nutzlose Blockiersystemen kaufen müssen...

ob Sie für Anlass-unabhängige Kontrollbesuche der Behörde auch noch bezahlen...

FDP

(Quelle: FDP zitiert nach Antworten aus dem Rhein-Westfälischen Jäger Ausgabe 4/1010)

Andreas Pinkwart, NRW-Landesvorsitzender der FDP: „Nach jeder Straftat wird reflexartig eine Verschärfung des Waffenrechts gefordert, ohne das die bisherigen Verschärfungen überhaupt auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert worden sind. Diejenigen, die regelmäßig in Aktionismus verfallen, sollten zur Kenntnis nehmen: Das deutsche Waffenrecht ist eines der strengsten Waffengesetze der Welt. Wir lehnen einen Generalverdacht gegen legale Waffenbesitzer ab. Die FDP hat in der maßgeblichen Abstimmung im Bundestag die jüngste Verschärfung des Waffenrechts als einzige Partei nicht zuletzt wegen der unangemeldeten und Anlass-unabhängigen Kontrollen abgelehnt. Die Gesetzesänderung zur Verstärkten Kontrolle der Aufbewahrungspflichten geht nach Ansicht der FDP am Ziel vorbei.“

CDU

(Quelle: CDU zitiert nach Antworten aus dem Rhein-Westfälischen Jäger Ausgabe 4/1010)

Jürgen Rüttgers CDU: „Durch die jüngste Novellierung des Waffenrechts wurden vor allem weitreichende Möglichkeiten zur Verhinderung des unbefugten Zugriffs auf Schusswaffen ausgeschöpft und der Zugang von Minderjährigen zu deliktrelevanten Schusswaffen noch stärker erschwert. Bevor neue Gesetze erlassen werden, geht es jetzt darum, dass die bestehenden Gesetze auch tatsächlich angewandt werden. Die neuen Regelungen müssen sich jetzt in der Praxis bewähren.“

GRÜNE

(Quelle: Landtagswahlprogramm NRW, sog. „Zukunftsplan“, S. 152)

„Mit Blick auf die Amokläufe von Erfurt und Winnenden, bei denen zahlreiche Menschen durch Waffen von Sportschützen ums Leben kamen, reicht uns die Verschärfung des Waffenrechts nicht aus. Wir wollen die Prävention durch einen erschwerten Zugang zu Waffen bzw. durch deren erschwerten Besitz verbessern. Ausrangierte Dienstwaffen sollen nicht mehr verkauft werden. Der Staat darf sich nicht zum Waffenhändler machen.“

GRÜNE

(Quelle: Bundestagswahlprogramm 2009 der GRÜNEN)

„In Deutschland befinden sich mehr als zehn Millionen Waffen in Privatbesitz. Wir müssen abrüsten. Wir wollen in einer Zivilgesellschaft leben, in der der Grundsatz gilt: Öffentliche Räume und private Wohnungen sind waffenfrei. Wir wollen grundsätzlich keine Schusswaffen in der Privatwohnung. Sportwaffen gehören in die Sportvereine. Großkalibrige Waffen dürfen nicht länger für den Schießsport zugelassen werden. Auch illegale Waffen müssen aus dem Verkehr gezogen werden, dafür brauchen wir besondere Anreize.“

DIE LINKE

(Quelle: DIE LINKE Pressemappe)

„DIE LINKE bleibt dabei: Schusswaffen sollten außer in wenigen Ausnahmefällen wie bei Revierjägern generell nur zentral bei Schützenvereinen in Safes und an anderen bewachten Stellen aufbewahrt werden dürfen. Nur so können Waffen dem spontanen Zugriff entzogen und Amokläufen wie in Winnenden oder familiären Bluttaten eine wesentliche Voraussetzung genommen werden.“

„ein generelles Verbot für die Aufbewahrung von Schusswaffen in Privathaushalten“

SPD

(Quelle: Bundestagswahlprogramm 2009 der SPD)

„Zugang zu Waffen erschweren. Wir haben seit 2002 kontinuierlich das Waffenrecht verschärft. Heute hat Deutschland eines der restriktivsten Waffenrechte der Welt. Aber es hat sich schmerzhaft gezeigt, dass Unbefugte immer noch zu einfach an Waffen gelangen. Wir wollen, dass weniger Waffen in privater Hand sind, und den Zugang zu ihnen deutlich erschweren. Die Kontrollen von Sportschützen und Jägern, die Waffen privat aufbewahren, werden wir verschärfen, die Anforderungen an die private Aufbewahrung erhöhen und den Ordnungsbehörden mehr Möglichkeiten geben, die Einhaltung dieser Vorschriften zu überwachen.“